

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns vertragen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Brin gerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatt auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 27. März.

Deutscher Reichstag.

190. Plenarsitzung vom 27. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische von Gohler, Hollmann, Böttcher, Posadowski, Fürst Hohenhausen. Die dritte Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Ministerrat, einmalige Ausgaben.

In dem Etat für das württembergische Kontingent beantragte die Budgetkommission eine Resolution betreffend Unterbringung der zwei neuen württembergischen Infanterie-Regimenter in Weingarten (Katt in Ulm). Bei der zweiten Beratung war die Abstimmung hierüber ausgefallen.

Württembergischer Kriegsminister Schott von Schottenstein legt dar, daß einer solchen Resolution aus Verwaltungs-Rücksichten keinesfalls würde stattgegeben werden können.

Abg. von Gillingen (Hr.) spricht sich gegen die Abg. Rembold und Gailer für die Resolution aus. Ebenso der

Abg. Gröber (Hr.), der noch bemerkt: Wie könne man dem Reichstage eine solche Erklärung bieten, daß der Resolution, falls der Reichstag sie annehme, keinesfalls werde stattgegeben werden. Das wolle er selber doch erst einmal ruhig abwarten. Eine solche Erklärung würde man ja nicht einmal dem württembergischen Landtage zu bieten wagen (Heiterkeit).

Und wenn Herr von Gillingen sage, es sei so gar unter der Würde des Reichstages, eine Resolution zu fassen, von der man von vorne herein wisse, daß ihr doch nicht stattgegeben werde, so erinnere er Herrn von Gillingen daran, daß derselbe im Vorjahre selber für die Resolution gestimmt habe. Es sei immer gute Sitte des Reichstages gewesen, wenn nicht zwingende Gründe vorlägen, stets den bürgerlichen Wünschen und Interessen den Vorrang zu geben vor den Wünschen der Offiziere.

Württembergischer Kriegsminister Schott von Schottenstein: Wer den Vorredner hört, könnte glauben, wir legen das Bataillon nach Ulm, weil die Soldatenleuten das wünschen (Heiterkeit). Ich möchte doch die Mäßigkeit beanspruchen, daß die Erklärungen, die ich abgebe, ernst genommen werden, und daß man nicht sagt, meine Gründe hätte ich bloß angegeben, weil mir etwas Gescheiteres nicht eingefallen ist. (Große Heiterkeit.) Die Herren Gröber und Rembold haben Ulm mit Unrecht als Kreditort, gleich als ob es ein niederträchtiges Kasernelement sei. (Heiterkeit.) Die Herren sprechen für Weingarten, weil dieses zum Wahlbezirk des Einen gehört und weil der Andere dort geboren ist. (Große Heiterkeit.) Ich werde dann nochmals die militärischen und Verwaltungs-Rücksichten darlegen, deren Befriedigung in Ulm den Vorrang verdiene.

Nach einer kurzen Entgegnung Gröber's bemerkt

Abg. Gröber (Hr.): Der Minister irre, wenn er glaube, es handle sich hier um ein württembergisches Problem. Die Abg. Gröber und Rembold. Es handle sich vielmehr um eine wichtige hochpolitische Angelegenheit. Der Reichstag werde es sich nicht gefallen lassen, daß man ihm sage: bezieht, was Ihr wollt, wir thun doch, was wir wollen! Der Reichstag werde hoffentlich darauf die richtige Antwort geben. Das Zentrum wenigstens werde nunmehr geschlossen für die Resolution stimmen.

Minister von Schottenstein: Ich habe ausdrücklich erklärt, wie wir nicht in der Lage sind, durch die Kasernierung in Weingarten Ersparnisse zu machen.

Damit schließt die Debatte. Für die Resolution stimmen Zentrum und Sozialdemokraten. Das Ergebnis bleibt zweifelhaft. Die Fällung ergibt Annahme der Resolution mit 135 gegen 99 Stimmen.

Zur Beschaffung von Feldbahnmaterial waren von dem Etat verlangt 912 000 Mark erste Rate nur 600 000 bei der 2. Leistung bewilligt worden.

Abg. Bachem (Hr.) beantragt, 762 000 Mark zu bewilligen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Bei dem Marine-Etat kommt

Staatssekretär Hollmann zurück auf die Auszubildenden, welche am Mittwoch von sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Oberwerfungsrichtung gerichtet worden seien. Er habe Bericht eingebracht und der Bericht liege ihm vor. Die Oberwerfungsrichtung sei in Anwendung der Vorschriften gegen unbefugte agierende Arbeiter durchaus gesetzlich verfahren. Die sozialdemokratischen Redner hätten, ohne Ermittlungen anzustellen und ohne sich zuvor an ihn selber zu wenden, leider den Oberwerfungsrichtung angelagt und sofort verurteilt. Die Direktion habe den Vorden des Rechts in keiner Weise verlassen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.) führt aus, die diesmalige Mehrheit des Reichstages habe nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich in der Marinefrage. Die Mehrheit der Wähler stehe hinter der Minderheit dieses Hauses. Das heranwachsende Geschlecht werde die Antwort geben und sicher opernmäßig die Forderungen für eine weitere Ausdehnung der Flotte auf sich nehmen. Früher habe der Liberalismus anders über die Marinefrage gedacht und noch nicht so unter der Vormachtigkeit derer gestanden, die meinen, daß das Wasser keine Balken hat. Die Flottenpläne seien weder uferlos, noch übertrieben, sie die Leistungsfähigkeit des Volkes. Freilich würde das Volk noch leistungsfähiger sein, wenn es nicht Milliarden durch die Auszubildenden der Flotte, in Griechenland, Argentinien u. verloren hätte. Allerdings müßten eigentlich die Wärmann und Genossen, alle die Leute, deren Handel die Flotte zu Gute komme, die Kosten tragen. Deduktion könne geschaffen werden durch Wehrreue, Infanterie-Monopol. Ueberhaupt sei es ein Fehler der Regierung gewesen, nicht gleich mit Deduktionsvorstellungen zu kommen. Eine Auflösung des Reichstages sei nicht ratsam, aber doch nur dann, wenn die Regierung zur Wahlparole mache: Schutz der Landwirtschaft, Organisation des Handwerks, und vor allem: Aufhebung der Juden-Emigration. (Heiterkeit.)

Abg. Legien (Soz.) geht nochmals auf die Lorenzen'sche Broschüre ein und auf die Verhältnisse bei der Kieler Werft. Die Lage der Arbeiter habe sich noch verschlechtert durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf der Kieler Werft, sowie Lohnherabsetzungen. Eigentümlich sei zwar in der Arbeitsordnung die Kündigungsfrist auf 3 Tage herabgesetzt, aber trotzdem mußte man den Arbeitern eine 5 tägige Frist zu Ungunsten aller solcher Zustände begreifen man wohl, weshalb Viehhaben neulich habe sagen können, daß auf den Werften der sozialdemokratische Einfluß unter den Arbeitern der vorherrschende sei.

Staatssekretär Hollmann erwidert auf die mehrfachen, vom Vorredner an ihn gerichteten Fragen: Ueber das Lorenzen'sche Buch werde verschieden gedacht werden je nach dem Standpunkt. Aber jedenfalls könne er nichts dagegen einwenden, wenn die Werften bei ihnen einkommende Gelder zur Verbreitung der Broschüre verwenden. Den Werftarbeitern Wohnhäuser zur Verfügung zu stellen, bestehe keine Möglichkeit. Daß den Arbeitern die Mittagszeit um 1/2 Stunde verlängert werde und sie dafür Abends um so viel länger arbeiteten, dagegen würde er keinen Einspruch erheben. Aber wenn auf Privatbetrieben 10 Stunden gearbeitet werde, könne man sich auf den Staatswerften nicht mit 8 Stunden begnügen. Bezüglich der Löhne sei die Marineverwaltung auf die verfügbaren Mittel angewiesen. Liege die Sache für einzelne Arbeiter so, wie sie geschildert worden, so sei das ja hart. Er werde sich die Sache ansehen, vielleicht lasse sich ein Vergleich finden. Auf jeden Fall aber dürfe auf den Werften keine Agitation getrieben werden, denn es solle daselbst zwischen den Arbeitern und auch mit den Vorgesetzten Frieden herrschen.

Abg. Förster (Antisemit) geht unter Polemik gegen den Freitum und speziell den Abg. Richter auf die Frage der Welpolitik ein. Eine Großmacht wie Deutschland müsse Welpolitik treiben. Und da sei man in Bezug auf Beschaffung neuer Schiffe geradezu in einer Nothlage, der man sich fügen müsse. Auch er meine, wie schon Liebermann, die Marinefrage sei keine Wahlparole, auf die hin man auslösen könne. Aber mit einer agrarisch, antisemitisch, jüdischen Wahlparole werde man liegen.

Abg. von Stumm tritt im Gegensatz zu Legien, für die Lorenzen'sche Broschüre ein und erinnert die Marineverwaltung daran, wie entschieden sich 1892 Minister Thelen dahin geäußert habe, daß eine sozialdemokratische Agitation staatlicher Werftarbeiter keinesfalls geduldet werde, gleichviel ob innerhalb oder außerhalb der Betriebe.

Damit schließt die Debatte und Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Beim Extraordinarium nimmt das Wort Staatssekretär Hollmann: Ich kann mich nicht enthalten, hier doch noch ein paar Worte zu den Kreuzern zu sprechen, obwohl ich weiß, daß ich damit die Abstimmung der Mehrheit doch nicht beeinflussen kann. Es ist mir aber insofern die Äußerung eines sehr hohen Herrn in die Hände gefallen, auf die gewiß auch Sie Berth legen werden: des hochseligen Prinzen Friedrich Karl. Derselbe sagte 1878: „In der künftigen Marine liegt die Zukunft des

Reichs, unsere künftige Bedeutung. Die Marine muß uns die Stellung festhalten, die uns das Landheer geschaffen hat. Wir müssen den fremden Völkern zeigen, daß wir auch im Frieden unsere kulturelle Arbeit und unseren Handel schützen können. Wenn wir nicht in der Ferne unsere Schiffe zeigen, wird man bald vergessen, daß Deutschland in einem großen Kriege seine Eingekerkerten hat. (Beifall rechts.)

Die Erledigung der einmaligen Ausgaben des Marine-Etats erfolgt sodann ohne weitere Debatten genau in der Fassung zweiter Lesung. Unter großer Theilnahme des Hauses und ironischen Bravourrufen des Zentrums und der Linken erhebt sich nur noch der Abg. Spahn zwei Male, um dem Staatssekretär Dank für das Wohlwollen zu sagen, welches er der Kistenkassette erwiesen habe.

Ein sofort nach Erledigung des Marine-Etats gestellter Verlegungsantrag wird abgelehnt.

Beim Etat des Reichsjustizamts tritt

Abg. Schönant das Verhalten eines Reichsgerichtsraths Schulte und besonders eine angebliche schwere Verletzung des eckassischen Oberlandesgerichtsraths Stenglein, der gleichwohl im Disziplinarverfahren nur zur Strafverurteilung in eine gleich hohe Stellung verurteilt worden sei.

Staatssekretär Nieberding: Der erste Vorgang ist mir unbekannt, aber eine Kritik über Vorgänge in den Reichsgerichtsämtern steht mir überhaupt nicht zu. Was den zweiten Fall anlangt, so hat das Gericht gesprochen, und damit ist der Fall für mich erledigt. Redner bricht ferner sein Bedauern darüber aus, wie die Sache hier vorgebracht sei.

Abg. v. Cuny bricht ebenfalls sein peinliches Erstaunen hierüber aus. Auf eine Frage des Redners antwortet

Staatssekretär Nieberding: Die Kommission, welche über einen zu schaffenden Schutz der Bauhandwerker berathen hat, ist jetzt zu einem Beschlusse gekommen. Diese Beschlüsse würden zunächst an das preussische Staatsministerium zu gehen haben. Den bekannten Antrag Wallbrecht, sowie eine Reihe anderer Vorschläge, die die Kommission nicht für gangbar erkannt. Dagegen würde ihrer Ansicht nach auf zwei Wegen vorgegangen werden können: 1. Aenderungen der Gewerbeordnung dahin, daß Bauunternehmer, deren Unzuverlässigkeit durch gewisse bekannte Manipulationen erwiesen ist, die Erlaubnis zur Fortsetzung des Betriebes verlieren. Außerdem könnte den Bauhandwerkern ein Vorkaufsrecht vor anderen eingetragenen Gläubigern gewährt werden für diejenigen Werthebeträge, die über den eigentlichen Bauwerth hinausgehen, also im Betrage der Wertheherabsetzung, welche die Baustelle dadurch erlangt hat. Ueber den weiteren Fortgang der Sache kann ich noch nichts mittheilen.

Abg. Spahn dankt dem Staatssekretär für diese Erklärung.

Abg. Paus (Soz.) verlangt ein Strafpolizugsgeß, um Gefangene, welche keiner christlichen Handlung schuldig seien, vor entehrender Behandlung zu schützen. Redner weist hin auf Selbstverleumdung.

Abg. Schönant erörtert nochmals den Fall Stenglein.

Staatssekretär Nieberding wiederholt: Die Sache ist durch Gerichtspruch erledigt. Das dringende Bedürfnis eines Strafpolizugsgeßes habe ich schon neulich anerkannt. Augenblicklich aber sind wir außer Stande, dieser Aufgabe nachzutreten.

An der Debatte betheiligen sich noch die Abg. Büttgenau (Soz.), Febr. v. Stumm (Reichsp.) und Stabhausen (Soz.) sowie Staatssekretär Nieberding.

Dieser Etat wird hierauf genehmigt und dann ein Verlegungsantrag Gröber angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Rest des Etats, Interpellation Gzarlinski und Handwerkerfrage.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Plenar-Sitzung vom 27. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Miquel, Schönlieb. Eingegangen ist ein Antrag Motz betreffend die Belastung von Grundbesitzern mit bevorrechtigten Meliorationsdarlehen behufs Hebung der Landeskultur.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst die 3. Lesung des Richter-Gesetzes.

Zu § 4 liegt ein Antrag des Abg. W. e. l. e. s. (natl.) vor, der dieselbe begründet seinen Antrag, der verhindern soll, daß Jemand deswegen schlechter bestraft wird, weil er befördert worden ist.

Justizminister Schö n f e d t bezieht den Antrag als zu weit gehend und bittet, ihn abzulehnen.

Abg. Simon von Tatrov (konf.) spricht sich gleichfalls gegen den Antrag aus.

Abg. Kirch (Hr.) befragt den Antrag aus Willkürgründen.

Abg. Schmedding (natl.) hält die gegen den Antrag vorgebrachten Gründe für lediglich formaler Natur.

Der Antrag Beileites wird abgelehnt, § 4 und der Rest der Vorlage angenommen.

Beim Etat des Kriegsministeriums verlangt Abg. Bänisch-Schmidlein (freik.) die Uebernahme der Unterhaltung der Grabdenkmäler der im Kriege Gefallenen auf den Staat.

Hauptmann Hansen erklärt, daß für die Erhaltung dieser Denkmäler überall gut gesorgt werde.

Beim Etat des Auswärtigen bringt Abg. Friedberg (natl.) das Verbot des Anshängens einer preussischen Fahne im „Großkanal“ Neus-Greiz zur Sprache und fragt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um das Unrecht wieder gutzumachen.

Minister v. Miquel bedauert, daß wegen Abwesenheit des Ministers des Auswärtigen keine Auskunft gegeben werden kann. (Große Heiterkeit.)

Bei dem Etat der Lotterieverwaltung wünscht

Abg. Dr. Arendt (freik.) Erhebung der Einzelstaatslotterien durch eine Reichssteuer.

Minister v. Miquel erklärt, der Plan der

Reichssteuer habe bei den anderen Bundesstaaten keine Gegenliebe gefunden.

Eine Reihe kleiner Etats wird debattelos genehmigt.

Beim Etat des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ wünscht

Abg. Spahn (Hr.) eine Verbilligung des Preises für den „Reichsanzeiger“ und zwar sowohl für das Abonnement wie für die Inserate.

Abg. Dr. Arendt (freik.) hält die Herabsetzung des Preises für zu theuer und fragt, ob der Vertrag mit der Druckerei der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ wegen des Druckes des „Reichs-Anzeigers“ nicht gelöst werden könne. Den Druck könnte die Reichsdruckerei besorgen.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Rheinbaben: Der Vertrag läuft noch bis 1902, zur Herabsetzung des Preises ist ein sehr geschultes Personal erforderlich, das nicht leicht zu finden sein würde. Wegen Ermäßigung der Insertionskosten sollen Ermäßigungen stattfinden. Ob es möglich wäre, daß die Reichsdruckerei den Druck besorgen könnte, ist zweifelhaft; jedenfalls wäre es eine Härte, einem Privatunternehmen, das seit 25 Jahren die Arbeit befolgt hat, ohne zu einer Klage Anlaß zu geben, diese Arbeit plötzlich zu entziehen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) bezweifelt die Leistungsfähigkeit der Reichsdruckerei nicht; fraglich ist allerdings, ob sie sofort zur pünktlichen Herstellung des „Reichsanzeigers“ im Stande sein würde.

Beim Etat der Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen liegt der Antrag von Brodnick mit Genossen (Posen) vor, um Aufhebung des Anstaltungs-Gesetzes.

Abg. Sieg (natl.) bedauert diesen Antrag, rühmt die Wirksamkeit des Anstaltungs-Gesetzes und bittet den Finanzminister, rechtzeitig eine Vorlage wegen Erhöhung des Anstaltungsfonds, der bald erschöpft sein werde, einzubringen.

Abg. Dr. Wizerzki (Pole) befragt den Antrag Brodnick. Alle Ergebnisse zeigten, daß auf der Anstaltungskommission kein Segen Gottes ruhe.

Abg. v. Waller (Hr.) weist darauf hin, daß Prof. Jans Delbrück, früher ein Befürworter des Anstaltungs-Gesetzes, jetzt für Aufhebung desselben eintrete, weil es nur die nationalen Gegensätze verschärfe, ohne dem Deutschthum zu nützen. Besonders jetzt, wo dunkle Wolken den politischen Horizont trübten, würde es von hoher Weisheit zeugen, dies ungerechte Gesetz aufzuheben. (Beifall.)

Abg. v. Glembocki (Pole) wendet sich hauptsächlich gegen frühere Aenderungen der Minister Hofe und Miquel.

Abg. Seer (natl.) rühmt die wirtschaftlichen Erfolge der Anstaltung.

Finanzminister von Miquel meint, die Polen müßten doch etwas Dankbarkeit für die Kulturhegemonie empfinden, die sie dem preussischen Staate verdankten. Solange die Polen sich in der Offensive gegen das Deutschthum befänden (Widerpruch bei den Polen) — er verweise nur auf Ober-Schlesien —, könne von einer Aenderung der Gesetzgebung keine Rede sein. Alle anderen Provinzen würden froh sein, wenn sie eine solche Unterstützung wie Polen und Westpreußen durch die Anstaltung empfingen. (Zustimmung.) Diese bezwecke nichts anderes, als was alle polnischen Könige gethan: die möglichste Förderung des Zuzugs tüchtiger Bauern. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Motz (Pole) entgegnet, die polnischen Provinzen hätten doch nicht Preußen, sondern Preußen jene annektirt. Die Offensive sei durchweg auf Seiten der preussischen Regierung. Bismarcks Natur habe es eben verlangt, immer Krieg zu führen, wenn nicht nach außen, so nach innen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag Brodnick wird abgelehnt und der Anstaltungs-Gesetz genehmigt.

Die Etats der Staatsguthaben- und allgemeinen Finanzverwaltung werden fast debattelos erledigt.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Etat des Finanzministeriums (mit den Befolgungserhöhungen).

Schluß 4 Uhr.

Zur Bewegung auf Kreta.

Wien, 27. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die amtliche Kundmachung des Reichsjustizministeriums, die die Abreise der Insel Kreta.

Wien, 27. März. Nach einer Meldung des „Reiterischen Bureaus“ aus Konstantinopel von gestern wären neueren Berichten zufolge bei den Unruhen in Zofat 400 Armenier getödtet worden. Gerüchteleise verlautet, auch in Araban, nördlich von Zofat, seien Unruhen ausgebrochen.

London, 27. März. Die englische Regierung erhielt aus Kreta ein Telegramm, wonach das Blochhaus von Malaga durchgehends durch internationale Truppen besetzt worden ist, da die Admirale der Ansicht sind, die Unwesenheit der Türken und Insurgenten bilde eine Gefahr für die internationalen Truppen in Kanea.

Ein türkisches Transportschiff hat einen türkischen Unteradmiral mit Truppen und Munition auf Kreta gelandet.

Die Kretenser führen bei den Großmächten Beschwerde darüber, daß die griechische Flotte an ihren Evolutionen gehindert wird, während man den türkischen Schiffen weitgehende Operationstätigkeit gestattet.

Konstantinopel, 26. März. Es verlautet, daß der Fürst von Montenegro dem Sultan ein längeres Schreiben zukommen ließ, in welchem er sich für eine ihm vom türkischen Herrscher geschehene Unbill bedankte und die Haltung Griechenlands verurtheilte, Montenegro's Friedensliebe betont.

Konstantinopel, 27. März. Meldung des „Wiener t. t. Leagr.-Korresp.-Bureaus.“ Unter dem Vorhabe Ghazi Osman Paschas wurde eine Kommission gebildet zur Begleichung von Einkäufen für das Meer und für einige andere Seeresanlegenheiten.

Der Admiral des russischen Geschwaders in

den kretischen Gewässern hat an die russische Botschaft in Konstantinopel telegraphirt, daß die Vorbereitung der Pazifikation Kretas die Zurückziehung der türkischen Truppen von der Insel und die volle Befestigung aller türkischen Einflüsse auf die Verwaltung sei.

Die Botschafter sind durch die bisher verfügbaren drei Amtsentsetzungen und Verhaftungen, sowie die Abweisung einer Untersuchungskommission nach Zofat nicht befriedigt, da der Hauptführer, der Medis-Kommandant Dakti, auf freiem Fuße geblieben ist. Die Botschafter werden die Verhaftung derselben, sowie die Verhaftung zweier anderer Beamten in Sinas verlangen, deren Amtsentsetzung den Ausbruch der Gewaltthatigkeit daselbst befürchten läßt. — In Erbat (Wilajet Sinas) kam es gleichfalls zu gewaltthätigen Ausschreitungen; jedoch sind Einzelheiten darüber noch nicht bekannt. — In der Bevölkerung von Konstantinopel herrscht eine gewisse Beunruhigung in Folge neuerlicher schlimmer Gerüchte, daß armenische Kundgebungen bevorstünden und daß die Türken Gewaltthatigkeiten gegen die Griechen planten.

Philippopol, 26. März. In dem Hause eines Griechen zu Galata wurden Bomben, angeblich armenischer Herkunft, aufgefunden. Die Anzeichen erster Ereignisse sowohl in Konstantinopel, wie in Kanea, mehren sich.

Kanea, 27. März. Nach den Kämpfen der letzten Tage halten die Aufständischen sämtliche strategischen Punkte in der Umgebung der Stadt besetzt bis auf diejenige Stellung, von der aus man die Quelle beherzigt, welche Kanea mit Wasser versorgt. Seit heute früh ist in der Richtung auf Kanea und das Lager des Obersten Bassos Geschützfeuer zu hören. Danks von Aufständischen rücken auf den Höhen in der Richtung auf Malaga vor. In der letzten Nacht sind türkische Truppen mit Geschützen gelandet. Die türkische Regierung hat nur noch für 10 Tage Lebensmittel zur Verteilung an die muslimanische Bevölkerung. Die österreichische Truppenabtheilung unter dem Befehle des Obersten eines kretischen Regiments, sowie zwei Torpedoboote und ein Torpedobootsgeräth werden für morgen in der Suda-Bai erwartet.

Athen, 27. März. Der Kronprinz von Griechenland wird heute Abend in aller Stille um 7 Uhr von Athen nach Volo abreisen. Um 11 Uhr geht er mit seinen beiden persönlichen Adjutanten, Oberst Sapuntzakis und Kapitän Petros, im Piräus an Bord der königlichen Yacht „Sphacteria“. Der Kronprinz wird von seiner Gemahlin, der Kronprinzessin Sophie, begleitet, die so lange als möglich um den Prinzen zu sein wünscht und die Einrichtungen des Rothen Kreuzes an der Grenze zu inspizieren beabsichtigt. Nach zweitägigem Aufenthalt in Larissa wird Oberst Sapuntzakis die Kronprinzessin nach Athen zurückbegleiten.

Der Korrespondent der „Politiken“ telegraphirt aus Volo: Die ganze griechische Armee ist jetzt an der Grenze angekommen. Das Intendantenwesen zeigte sich unbrauchbar und wurde deshalb als selbstständiges Korps aufgehoben. Die Offiziere jedes Regiments besorgen jetzt selbst die Intendanten-Geschäfte, was vorläufig ausgedrückt geht. Heute sind große Infanterie-Regimenten angekommen, viele andere haben sich bereits allmählich in den Gebirgsgegenden konzentriert. Diese Leute wollen den Krieg und gehen auf keinen Fall gutwillig zurück. Auch die Kriegslust im griechischen Heere ist so intensiv, daß die Offiziere die größte Mühe haben, die Leute im Jügel zu halten. Ueberall herrscht eine rastlose Arbeit. Schanzen werden gebaut und sind nächste Woche kriegsbereit. Bei Krenidos gießen sich die beiden feindlichen Armeen langsam bergaufwärts. Hier wird es jedenfalls zu ernst losgehen.

Deutschland.

Berlin, 27. März. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Handwerksorganisationsvorlage in ihrer jetzigen Gestalt wenig Aussicht auf Annahme hat; denn gerade als Kompromißwerk dürfte sie auch im Reichstage von verschiedenen Seiten Angriffen ausgesetzt sein. — In dem Rest der Session hofft man noch das Handels-Gesetz fertig zu stellen. — Ueber die Gehaltsaufbesserungen für die Reichsbeamten sollen sich Zentrum und Konserverbale geklärt im negativen Sinne geeinigt haben; sie würden somit für dieses Jahr fallen gelassen werden; da das entsprechende Gesetz im preussischen Landtage aber als gefaßt gilt, so würde sich eine starke Ungleichheit herausstellen.

Das Kaiser Wilhelms-Jubiläum hat gezeigt, wie man auch in Bayern den unvergeßlichen Kaiser Wilhelm zu ehren weiß, und der Prinzregent Luitpold ist mit gutem Beispiel vorgegangen. Anders die bayerischen Bischöfe. Das bayerische Ordinariat Augsburg hat sich einfach begnügt, am Schluß der Predigt eine nuchterne Festmahlmachung zu lesen, in welcher, in welcher der Frieden gebetet und um weitere Erhaltung des Friedens gebeten wird. Nach übertrieben aber wird dieses Vorgehen durch folgenden Satz des Jesuitenführers und Bischofs Seneffrey von Regensburg:

„Seine Herrlichkeit Gnaden, unser Hochwürdigster Herr Ordinarius, haben in Erfahrung gebracht, daß entsprechend einem Wunsch Seiner königl. Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern alle übrigen Hochwürdigsten Oberbischöfe Bayerns einen Hinweis auf die am 22. März L. J. stattfindende hundertjährige Geburtsfeier Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I., Königs von Preußen, zu erlassen beabsichtigen. Im hohen Auftrage wird daher auch im Oberbischöflichen Verordnungsblatt hiesiger Diöcese auf diese Gebetsfeier geziemend aufmerksam gemacht. Wannigfach und zahlreich sind ja die Ereignisse, welche die Geschichte der Völker seit dem Jahre 1797 vergeichen. Für unser deutsches und unter engeres bayerisches Vaterland sind darunter nicht wenige Ereignisse, welche wahre Freude, aber auch bitteres Leid bedeuten. Rameu sich viele derselben im Jubiläum der Geburt Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I. von Bayern (1786—1886) und nicht minder beim Zehntenjahr der Geburt des Papstes Pius IX. heil. Andenken (1792—1892) in unsere Erinnerung, so ragen im Leben des genannten Kaisers Wilhelm für uns namentlich die Thatfachen hervor, daß unter ihm der an Kämpfen und Siegen überreiche Krieg zwischen Frankreich und

Stettin, Bismarckstraße 23.
 2. 35,000 Mark zur 2. über 100,000 Mark zur
 1. Stelle suche auf mein Unt. Gerichtliche Tage
 180,000 Mark.
 Offerten sub **Z. U. 761** an **Hasenstein**
& Vogler, A.-G. (Alb. Boldt), Stettin